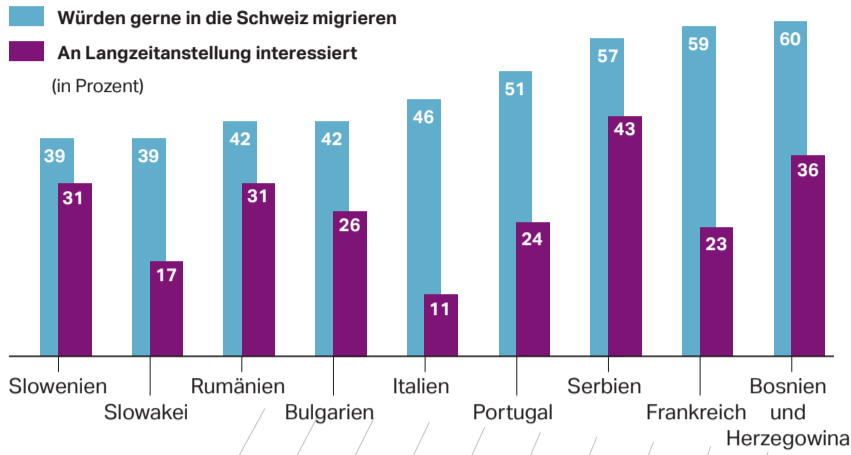
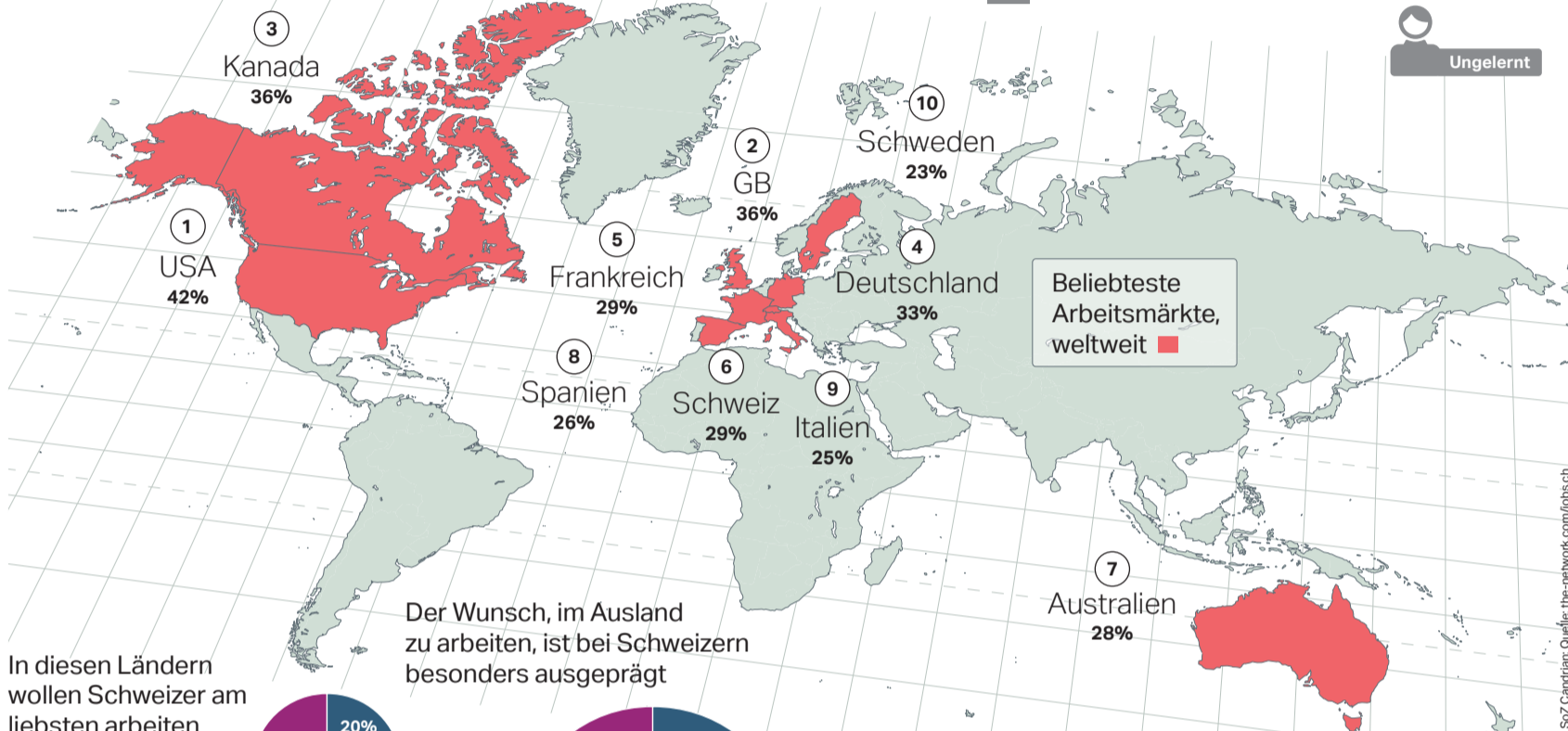
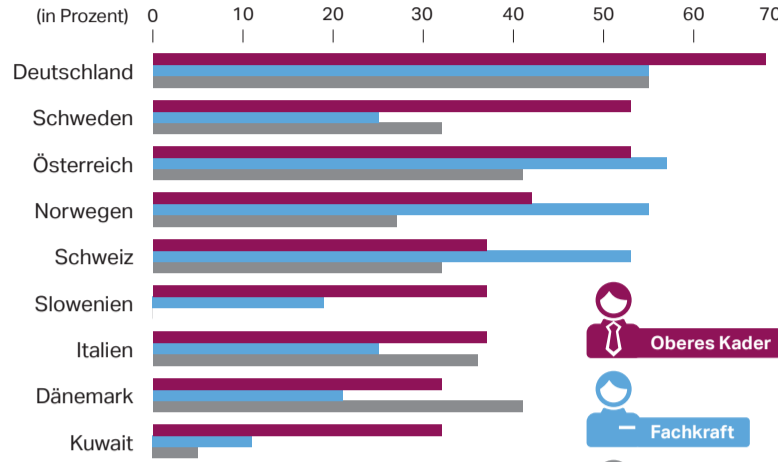


Länder, in denen das Interesse, in der Schweiz zu arbeiten, am grössten ist

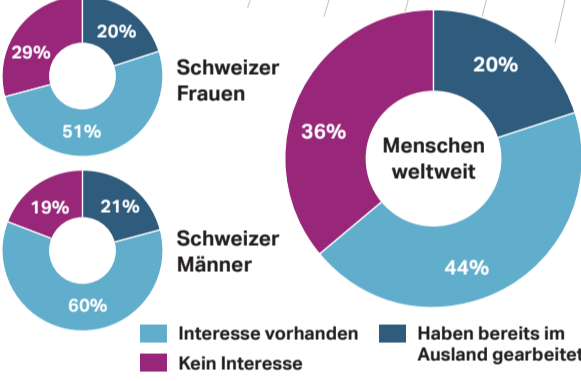


In welchen Ländern Bosnier arbeiten wollen

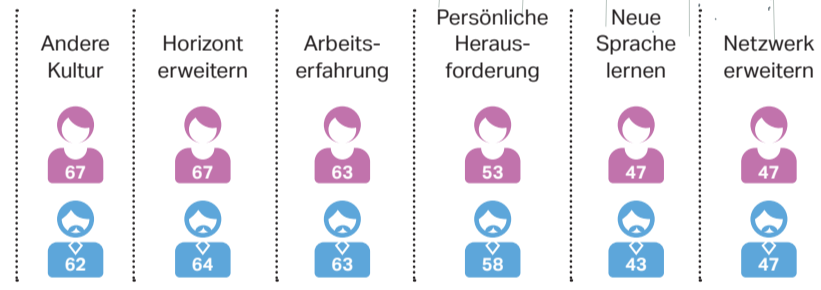


In diesen Ländern wollen Schweizer am liebsten arbeiten

USA	50%
Kanada	44%
GB	44%
Deutschland	39%
Australien	39%
Schweden	31%
Frankreich	30%
Österreich	29%
Neuseeland	28%
Norwegen	26%



Deshalb wollen Schweizer im Ausland arbeiten



# Schweiz ist Magnet für Osteuropäer

Das Migrationsbarometer zeigt: Bei gelernten Fachkräften aus Bosnien und Serbien liegt unser Land hoch im Kurs. Schweizer zieht es in den angelsächsischen Raum

Barnaby Skinner

Zürich Der Schweizer Arbeitsmarkt spielt in der Champions League – zumindest, was seine Attraktivität angeht. Weltweit kommt für jeden vierten Arbeitnehmer ein Wechsel in die Alpenrepublik infrage. Noch populärer sind nur Industrienationen wie die USA oder Deutschland. Die Schweiz hängt damit selbst Immigrationsländer wie Australien ab.

Das geht aus einer Umfrage von weltweit 200'000 Nutzern von Jobportalen hervor. Die Ergebnisse zeigen, welche Arbeitsmigranten die Schweiz künftig zu erwarten hat – dank des Umfangs der Umfrage in einer Verständnistiefe wie selten zuvor. Dahinter steht der US-Beraterkonzern Boston Consulting Group und The Network. Letzteres ist eine Zusammenarbeit von 50 Jobsuchportalen in 130 Ländern. Schweizer Netzwerkmitglied ist Jobs.ch, das, wie die Sonntagszeitung, zu Tamedia gehört.

Die Resultate sind scheinbar Wasser auf die Mühlen derer, die die Einwanderung gesetzlich neu regulieren wollen und im Büro Angst vor ausländischer Konkurrenz haben.

Gerade bei potenziellen Migranten aus Osteuropa liegt die Schweiz laut der Umfrage hoch im Kurs. An der Spitze steht Bosnien-Herzegowina. In keinem anderen Land wählten mehr Jobportalnutzer die Schweiz öfter als Traum-

arbeitsplatz. Die Nachbarn Deutschland oder Österreich schaffen es nicht einmal in die Top Ten. Dafür fünf weitere osteuropäische Staaten.

Auffällig ist zudem, dass Arbeitssuchende aus dem osteuropäischen Raum im Vergleich zu anderen Ländern für längere Perioden aus ihren Heimatländern auswandern wollen. So gaben 43 Prozent der befragten serbischen Jobportalnutzer an, in der Schweiz mindestens zehn Jahre oder länger arbeiten zu wollen. Zum Vergleich: Bei den Italienern ist es nur jeder Zehnte.

Ungelernte zieht es viel weniger in die Schweiz, dafür nach Deutschland

Wer tiefer in den Umfrageantworten wühlt, wird ein weiteres Mal überrascht: Gerade für unqualifizierte Arbeitskräfte aus Bosnien ist die Schweiz offenbar nicht besonders interessant. Nur 32 Prozent der Befragten ohne Weiter-, Fach- oder höhere Schulbildung führten die Eidgenossenschaft auf dem Wunschzettel. Ungelernte Arbeitskräfte aus Bosnien zieht es mehr nach Deutschland, Österreich oder Dänemark.

Bei den bosnischen Fachkräften ist ein Schweizer Arbeitsplatz viel beliebter. 56 Prozent der Befragten mit Fachhochschulabschluss oder universitärer Bildung gaben an, solche Jobmöglichkeiten zu prüfen. Mehr als dreimal so viele, wie das etwa im Fall von Däne-

mark tun, einem Land, dessen Arbeitsmarkt, Schul- und Gesundheitssystem mit der Schweiz vergleichbar sind. Auch in Ländern wie Serbien, Bulgarien oder Rumänien nennen Fachkräfte die Schweiz doppelt so oft als Wunscharbeitsort, als dies ungelernete Arbeiter tun.

Die Umfrage untersuchte auch die Auswanderung aus der Schweiz, ein Gebiet, das von Forschung und Ämtern meist liegen gelassen wird. Dabei zeigt sich: Im internationalen Vergleich ist das Fernweh von Herr und Frau Schweizer besonders hoch. 4000 hiesige Jobportalnutzer wurden befragt. 77 Prozent davon gaben an, sie seien daran interessiert, während ihrer professionellen Laufbahn ins Ausland zu arbeiten. Zur Einordnung: In den USA oder in Deutschland zieht nur gerade jeder Dritte eine Arbeitsstelle im Ausland in Betracht.

Der angelsächsische Raum übt dabei auf Schweizer die grösste Anziehungskraft aus. Das schlägt sich in der Liste der beliebtesten Städte nieder. Sie wird von London angeführt, gefolgt von New York. Gerade Frauen hat es London offenbar angetan. Das Sortieren der Umfrageergebnisse nach Geschlechtern zeigt, dass sich jede Vierte London als Arbeitsort wünscht. Bei den Männern nennt nur jeder Fünfte London als Wunscharbeitsort. Dafür schneiden das Finanzzentrum Singapur und die australische Metropole Sydney besser ab.

Die Geschlechterunterschiede sind auch bei der Motivation für eine Jobsuche im Ausland interessant. Für Frauen ist der Hauptgrund, in der Ferne das Arbeitsglück zu suchen, «eine andere Kultur kennen zu lernen». Männer geben, eher selbstbezogen, «den eigenen Horizont erweitern» an. Eine weitere Erkenntnis aus den Umfrageergebnissen: Je besser jemand gebildet ist, desto grösser ist die Bereitschaft, im Ausland zu arbeiten.

Niemand weiss, wie viele gut Ausgebildete die Schweiz verlassen

Leidet die Schweiz unter einem Brain-drain von gut ausgebildeten Arbeitskräften? 730'000 Schweizer leben im Ausland. Die Zahl steigt jährlich um 2 Prozent, schneller als die inländische Bevölkerung, die um 1 Prozent wächst. Abgesehen von Alter und Geschlecht erfasste die Auslandschweizerstatistik des Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) keine weiteren demografischen Angaben. Während die Einwanderer in die Schweiz beim Bund statistisch komplett durchleuchtet werden, liegt das Forschungsfeld derjenigen, die die Schweiz verlassen, offen. In anderen Worten: Niemand weiss, wie viele gut ausgebildete Fachkräfte die Schweiz jährlich ans Ausland verliert.

Mehr Länderangaben finden Sie unter [soz.li/gjns](http://soz.li/gjns)

## Ecopop ruft zu Strafanzeigen auf

Initianten schreiben offenen Brief nach Rassismuvorwürfen

Bern Im Abstimmungskampf zur Ecopop-Vorlage verschärft sich der Ton. Immer häufiger wird das umstrittene Ansinnen öffentlich in die Nähe des Rassismus, der Eugenik, des Kolonialismus und des Faschismus gerückt. Jetzt reagieren die Initianten auf eher ungewöhnliche Weise: In einem offenen Brief fordern sie acht Persönlichkeiten, die derlei Vorwürfe erhoben hatten, dazu auf, gegen die Ecopop-Leute Strafanzeige einzureichen.

«Zeigen Sie uns an!», heisst es in dem Schreiben, das am Montag mit der Post verschickt wird und der Sonntagszeitung vorliegt. Darin wird unter anderem ein «regelmässiges Hexentreiben» gegen die Initiative und ihre Befürworter in den Medien beklagt. Unterzeichnet hat das Dokument Ecopop-Geschäftsführer Andreas Thommen.

Auch Schriftsteller und Journalisten sind auf der Liste

Eine der Empfängerinnen ist Martine Brunschwig Graf. Die ehemalige Genfer FDP-Nationalrätin präsidiert die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus und hat die Vorlage mit dem Kolonialismus verglichen sowie deren Verfassungsmässigkeit angezweifelt. Angeschrieben wird auch der grüne Nationalrat Balthasar Glättli. Dieser analysiert als Co-Autor in einem Buch Ecopop als Ausdruck der «braunen Flecken» der Ökobewegung. Weiter auf der Empfängerliste stehen der Schriftsteller Alex Capus, die beiden Nationalräte Roland Rino Büchel (SVP) und Maria Roth Bernasconi (SP), Publizist Jürg Altwegg sowie zwei Journalisten der Verlage Tamedia und Ringier.

Die besagten Vorwürfe des Rassismus und der Eugenik seien «keine Gentleman-Delikte, sondern schwerwiegend und strafbar», schreiben die Ecopop-Mitglieder. Drei Wochen vor dem Urnengang ist man beim Initiativkomitee offenkundig versucht, den Spieß umzudrehen. Man wolle «alle diese Autoren und Redner» auffordern, «ihre Vermutungen mit Beweisen zu hinterlegen» und Strafanzeige zu erstatten.

Mit der Zielsetzung, die jährliche Nettozuwanderung starr auf 0,2 Prozent zu fixieren und 10 Prozent der Entwicklungshilfe in die Familienplanung in Entwicklungsländern zu investieren, haben die Initianten eine breite Opposition von links bis rechts und von den Gewerkschaften bis zur Wirtschaft gegen sich. Justizministerin Simonetta Sommaruga bezeichnet die Vorlage als «schädlich und fremdenfeindlich», für den Chef des Pharmakonzerns Roche, Severin Schwan, wäre ein Ja am 30. November eine «Katastrophe». Reza Rafi

Wirtschaft — 44



Martine Brunschwig Graf (FDP): Erachtet die Ecopop-Vorlage als kolonialistisch